„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

21. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 7. Dezember 1927 | 12 Seiten | Nummer 5.

Ein Jahr deutsches Konsulat in Winnipeg

Winnipeger Zeitung „The Tribune" über Konsul Dr. Max Lorenz.

Seine Beliebtheit in englischen und deutschen Kreisen.

Seit über einem Jahr besteht in Winnipeg wieder ein deutsches Konsulat, dessen fähiger Leiter Herr Konsul Dr. Max Lorenz ist. Bemerkenswert ist, was die englische Winnipeger Zeitung „The Tribune" vom 26. November 1927 im Zusammenhang damit bemerkte:

„Vor etwa 18 Monaten kam der Doktor nach Canada und zwar in der Eigenschaft als stellvertretender deutscher Generalkonsul in dieser Dominion. Sein Amtssitz war Montreal. Vor einem Jahr eröffnete er in Winnipeg das neue deutsche Konsulat für Westcanada, und ist nun von seinen Aufgaben als deutscher Konsul ganz in Anspruch genommen.

„Wie seine Vorgänger, die das deutsche Volk als Konsul in diesem Teil der Welt vertraten, nämlich Hon. W. Hespeler und Hugo Carstens, bekundet auch Dr. Lorenz ein tiefgehendes Interesse an der landwirtschaftlichen Entwicklung Canadas. Herr Hespeler, der 1883 zum deutschen Konsul ernannt wurde, war der Mann, der die ersten Mennoniten nach Westcanada einlud. Es war begreiflich, daß er später als Vertreter des Rosenfeld-Wahlkreises (eines mennonitischen Distrikts) in die Manitoba-Legislatur entsandt wurde, wo seine Kollegen ihn mit dem Amte des ersten „Commoner", des Vorsitzes im Hause, beehrten. Im Jahre 1903 wurde Herr Hespeler vom deutschen Kaiser mit dem Roten Adlerorden für 20jährigen Dienst zum Besten des Deutschen Reiches ausgezeichnet, und eine zweite Auszeichnung wurde ihm 1909 in Anbetracht seiner langen 25jährigen Dienstzeit verliehen.

„Herr Carstens wurde im Jahre 1907 zum kaiserlichen deutschen Konsul für Manitoba, Saskatchewan und Alberta ernannt. Wie sein Vorgänger, besaß auch er eine weitreichende Erfahrung in allen Angelegenheiten, die sich auf die Landwirtschaft bezogen, wozu noch große Landinteressen hinzukamen; auch war er der alleinige Besitzer eines weitverbreiteten Wochenblattes, „Der Nordwesten".

„Dr. Lorenz ist bereits auffallend gut über Canada und besonders über Westcanada informiert. Er verfügt als Mann unter den fünfziger Jahren schon über eine gründliche Ausbildung in der weiten Sphäre des internationalen Lebens, freut sich an der unermeßlichen Ausdehnung der grenzenlosen canadischen Prärie und interessiert sich für das Verhältnis ihrer Produktivität zu den Bedürfnissen der Einfuhrländer Europas. Im Laufe einer Unterredung machte er darauf aufmerksam, daß Deutschland heute Canadas zweitgrößter Weizenkunde ist, unmittelbar nach Großbritannien. Statistiken darüber sind nicht leicht erhältlich, weil die Adresse (für die Weizensendung) nicht immer den genauen Bestimmungsort darstellt.

„Geboren in Ostpreußen, dem meist agrarischen Teil Deutschlands, hat Dr. Lorenz schon frühzeitig alles kennengelernt, was sich auf das ländliche Leben bezog. Als einem bekannten Reiter und Polospieler bietet ihm das Leben in Canada neben dem Vergnügen auch Interesse an dem großen Fortschritt, der auf diesen Ebenen in der Pferde- und Viehzucht gemacht worden ist. Auf seinen Inspektionsreisen in den drei Westprovinzen lernt er Vorbedingungen kennen, die auf eine wunderbare Zukunft hinweisen. Er erblickt hier die Möglichkeit, schöne Pferde und gutes Vieh zu züchten. Der Boden ist schwer und erzeugt daher alle nötige Nahrung zur Fütterung schwererer Pferderassen, der Clydesdales und Percherons. Die leichteren Pferde sind hier wunderbar lebendig, wohl infolge des frischen Klimas und des reichen Sonnenscheins.

„Bei einer Unterhaltung über die Bluteigenschaften der verschiedenen Pferderassen erwähnte Dr. Lorenz gelegentlich die Reinheit des Shetland-Pony. Ein solcher war sein erstes Besitztum, als er noch Knabe war. Er bemerkte, daß Sir Humphrey F. de Stafford sehr interessante Bücher über das Pferd geschrieben habe. Es ist wahr, daß Pferde ebenso wie Automobile in Deutschland zunehmen, aber wer weiß, wie die Zukunft, von der internationalen Vermarktung aus gesehen, für die Viehzüchter in Westcanada sein wird?

„Hinsichtlich des Weizenbaues und der Möglichkeiten von größeren Lieferungen nach Deutschland machte Dr. Lorenz auf die Tatsache aufmerksam, daß Deutschland seit zehn Jahren einen auffallenden Uebergang vom Roggen- zum Weizenmehl gezeigt hat.

„Dr. Lorenz ist entzückt von der neuen Entwicklung im neuen Lande. Vielleicht ist die belebende Atmosphäre europäischer Kunst hier nicht so fühlbar wie jenseits des Ozeans, aber dafür gibt es hier so viel Neues, im Entstehen Begriffenes. Er ist Doktor der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie, hat an den Universitäten Lausanne, Berlin, Jena und Königsberg studiert, interessiert sich aber ebenso für die wissenschaftliche wie für die praktische Seite der Dinge.

„Im Jahre 1914 und 1919 bis 1921 war Dr. Lorenz Botschaftssekretär im Auswärtigen Amt zu Berlin. Darnach war er bis 1925 Botschaftsrat in Rom.

„Welche Eindrücke hatte er von Mussolini?

„Mit der feinen Höflichkeit, die dem Doktor eigen ist, gab er zur Antwort, daß der italienische Himmel wunderschön sei; aber doch was ist mehr erfrischend als ein canadischer Winte?"

* * *

Diese in so herzlichem Tone gehaltenen Bemerkungen der Winnipeger englischen Zeitung „The Tribune" dürfen gewiß als ein Beweis dafür gelten, daß Herr Konsul Dr. Lorenz sich auch weit über die deutschen Kreise hinaus außerordentlicher Beliebtheit erfreut. Soweit die Deutschen des Westens von Winnipeg bis Vancouver in Betracht kommen, hat er sich bei ihnen im Laufe seines erst einjährigen Wirkens eine Wertschätzung erworben, die ihn weit über den Rahmen einer Amtsperson hinaushebt und als den besten Freund aller Menschen deutscher Zunge in seinem weiten Tätigkeitsbereiche erscheinen läßt. Das darf gewiß als ein hohes Lob für Herrn Dr. Lorenz gelten.

Britischer Kapitän gefangen.

Schanghai, 2. Dez. — Banditen überfielen den britischen Dampfer „Siangtan", töteten drei Offiziere, verwundeten mehrere Passagiere und halten Kapitän Lador für ein Lösegeld von 50,000 amerikanischen Dollars fest. Ein britischer Seeoffizier verhandelt mit chinesischen Generalen über einen Angriff auf die Banditen und Freilassung des Schiffskapitäns.

Weitere Studentenunruhen in Ungarn.

Budapest. — Fast alle Hochschulen in den Provinzen haben den Erziehungsminister benachrichtigt, daß sie der antisemitischen Bewegung unter den Studenten nicht gewachsen sind. Durch Boykott werden diese Lehranstalten von den Studenten zur Schließung gezwungen.

Weitere Unruhen wurden aus Szegedin gemeldet. Ein Budapester Journalist erhielt Ohrfeigen, weil er geschrieben hatte, daß scharfe Maßnahmen gegen die aufrührerischen Studenten am Platze wären.

In den höheren Lehranstalten Ungarns haben sich in letzter Zeit häufig Unruhen ereignet, weil die Regierung anscheinend bestrebt ist, das sogenannte Numerus Clausus-Gesetz, welches die Zahl der jüdischen Studenten auf den Hochschulen begrenzt, zu ändern oder ganz abzuschaffen. In israelitischen Kreisen wird die Beschuldigung erhoben, daß der Regierung jene Unruhen als Vorwand willkommen seien, um die Vorschrift für Begrenzung der Zahl der jüdischen Studenten nicht zu beseitigen.

Bilderübertragung Berlin-Wien.

Berlin. — Mit der Uebermittlung von Photographien bei Telegraph zwischen Berlin und Wien wurde der Anfang gemacht, indem die Bilder von Reichskanzler Marx und Kanzler Seipel ausgetauscht wurden. Die Telegraphenbüros in Deutschland nehmen Bilder und anderes Material zur Uebermittlung an, um sie durch Flugzeug nach Berlin und von dort zur Weiterbeförderung nach Wien zu bringen.

Liberaler George Spence gewählt.

Regina. — Nach Mitteilungen des Wahlbeamten R. A. Harris bei der Provinzialersatzwahl in Maple Creek haben bis jetzt 38 Wahllokale ihre Berichte eingesandt, sodaß vorläufig mit einer Mehrheit von 643 Stimmen für Hon. George Spence, den liberalen Kandidaten, zu rechnen ist. Der unabhängige Progressive C. F. Colburne ist folglich unterlegen. Der Wahlbeamte Harris hat insgesamt 56 Wahlkästen erhalten; für einige von ihnen lagen aber keine Berichte vor. Die Kästen dürfen erst am Deklarationstag (am Ende der Woche) geöffnet werden. Im Anfang schien es, als ob die Wahlbeteiligung sehr gering war; nach neueren Berichten jedoch sind anscheinend immerhin 75% der bei der letzten Wahl im Jahre 1921 abgegebenen Stimmen vorhanden. Damals trug der Liberale P. L. Hyde über den Unabhängigen D. S. Horne mit einer Mehrheit von 631 Stimmen den Sieg davon.

Westcanadische Gewinne in Chicago.

Chicago. — Hermann Trelle, der bekannte vorjährige Weizenkönig, hat auf der Internationalen Ausstellung in Chicago diesmal zwar nicht den ersten Preis für Weizen bekommen, jedoch erhielt er wiederum den ersten Preis für Hafer. Den zweiten Preis erhielt L. E. Petersen aus Victor, Mont., während der dritte Preis einer Albertaer Farmer zufiel und zwar N. S. Linden aus Gwynne, Alta. In diesem Kontest gewann Canada aus 20 Preisen deren 13.

Den ersten Preis für Felderbsen erhielt William Darnbrough aus Laura, Sask.

Der beste Shorthorn-Stier war der von der Universität in Alberta ausgestellte „Choice U. A." Denselben Ausstellern fiel auch der zweite Preis für die beste Gruppe von drei Stieren derselben Art zu. Den Preis für die besten Lämmer gewann Robert McEwen aus London, Ont. „Lady Price" ist die beste Clydesdale-Stute in Amerika und ist ein Produkt der Pferdezucht von Saskatchewan. Sie wurde von der Experimentalfarm in Indian Head ausgestellt und trug den ersten Preis davon.

Spionagefall in London

London, 3. Dez. — Während russische Abrüstungsdelegierte in Genf auf eine Versöhnungskonferenz mit dem britischen Auslandminister Austen Chamberlain warten, teilte der Staatsanwalt in einem Spionageprozeß im Bow Street-Polizeigericht heute mit, daß Rußland an der Angelegenheit beteiligt ist. Es handelt sich um den Fall gegen Wilfred McCartney, einen Irisch-Amerikaner, und Georg Hansen, angeblich einen Deutschen. Die Beiden kamen am 17. November in Haft. Beim ersten Verhör wurde behauptet, sie hätten Informationen gesammelt, die für eine ausländische Macht von Nutzen seien. Ein Inspektor von Scotland Yard sagte aus, bei ihnen gefundene Schriftstücke enthalten die Adressen von Personen in Holland und Deutschland.

Amerikaner gegen Kriegsschuldlüge

Exsenator Roberts S. Owen bei Steubenfeier in Milwaukee.

Verteidigt Deutschland gegen unsinnige Anklagen.

Milwaukee, Wis. — Deutschlands Schuld am Ausbruch des Weltkrieges wurde von Robert S. Owen, früheren Bundessenator von Oklahoma, in einer hier gehaltenen Rede energisch bestritten.

Owen sprach bei einer Gedächtnisfeier der 150. Wiederkehr des Tages des Eintreffens des General von Steuben in Amerika. Er pries die großen Leistungen des Generals und lobte die amerikanischen Bürger deutscher Abkunft wegen ihres Patriotismus.

„Wir wissen jetzt, daß der Weltkrieg vorsätzlich von einigen wenigen Männern, welche das russische auswärtige Amt, das französische auswärtige Amt und die serbische Regierung kontrollierten, mit Zustimmung einiger wenigen Männer in England, herbeigeführt wurde," sagte Owen.

„Wir wissen, daß das französische wie das deutsche Volk das Opfer der Narrheit und des Ehrgeizes einiger wenigen Unverständiger wurden."

Obwohl Depeschen zwischen London, St. Petersburg, Paris, Berlin und Wien gewechselt wurden, die den Anschein erweckten, daß ein Versuch zur friedlichen Beilegung des schwebenden österreichisch-serbischen Konfliktes gemacht wurde, beweisen jetzt geheime Depeschen, daß „diese Geste darauf berechnet war, das Volk zu betrügen und die beschleunigten, im Gange befindlichen Vorbereitungen, Deutschland unversehens zu überfallen, zu verschleiern," erklärte Owen, des weiteren behauptend, daß ein geheimer Vertrag zwischen Frankreich und Rußland aufgedeckt wurde, in welchem die beiden Länder sich verpflichteten, Deutschland anzugreifen, sollte Oesterreich mobil machen.

„Es geht jetzt das allgemeine Urteil der Gelehrten in der ganzen Welt dahin," sagte Owen, „daß die deutsche Regierung den Krieg nicht wollte, sondern daß der Krieg von den Entente Alliierten geplant und vorbereitet wurde, die sofort Deutschland und Oesterreich zu Wasser und zu Lande blockierten, sodann die Welt mit Propaganda überschwemmten, indem sie behaupteten, daß Deutschland allein schuldig, den Krieg gewollt und herbeigeführt habe zu dem Zwecke, die Welt durch seine Militärmacht zu beherrschen.

„Es genügt endeckt zu haben, daß der Krieg das Ergebnis der Geheimdiplomatie und Geheimverträge von Männern in hohen Stellungen, unkontrolliert vom Parlament oder Volksabstimmung, war."

Die Dokumente bezeugen, sagte Owen, daß Kaiser Wilhelm, nachdem er die Gefahr entdeckte, alles in seinen Kräften stehende tat, einen Krieg zu vermeiden, aber man ließ dies nicht zu.

„In Amerika sollten diese Entdekkungen und absoluten Beweise, daß selbst der kaiserliche Führer Deutschlands den Weltkrieg nicht wollte, sondern daß er sich ernstlich bemühte, ihn zu verhindern, für alle Zeiten jedes Vorurteil zerstreuen."

Lob deutscher Tapferkeit.

London, 3. Dez. — In einem hiesigen großen Lichtspieltheater ging soeben der Kriegsfilm „Die Kämpfe von Coronel und bei den Falklandinseln" in Szene. Admiral Philippmore, der Kommandant der „Inflexible" während der Falklandschlacht, hielt eine Ansprache vor überfülltem Hause, die er mit den Worten schloß: „Für die Matrosen kann ich sagen, daß, wenn wir jemals wieder die Deutschen treffen, wir in ihnen die feinen Kämpfer respektieren werden."

Russ. Schiffe eingeeist.

Moskau. — 177 kleine Schiffe, mit zusammen ungefähr 500 Mann, sind durch einen furchtbaren Sturm im kaspischen Meer abgeschnitten. Für ihre Sicherheit besteht große Sorge. Beim Untergang eines kleinen Privatbootes kamen neun Personen um. Die vermißten Boote, durch Eis im Meer abgesperrt, gehören alle der Sowjetregierung oder kooperativen Handelsverbänden.

Aufhebung der Militärkontrolle in Oesterreich.

Wien, 4. Dez. — Nach einer amtlichen Botschaft haben die Oesterreicher gestern die erfreuliche Mitteilung erhalten, daß der Botschafterrat zu Paris beschlossen hat, am 31. Januar die Militärkontrolle aufzuheben. Von jenem Datum an übernimmt der Völkerbund die Verantwortung. Damit wird auch in Oesterreich eine überflüssige und peinliche Gefühle verursachende Einrichtung beseitigt. Nachdem Deutschland, Ungarn und Bulgarien von der Militärkontrolle befreit waren, war es geradezu lächerlich, Oesterreich mit seiner kleinen Armee in der Kategorie der „gefährlichen Staaten" zu belassen.

Der eigentliche Grund, warum die Kontrolle nicht früher aufgehoben wurde, war eine Auseinandersetzung zwischen den Alliierten und Oesterreich wegen der Verwendung jener Maschinen, die früher zur Herstellung von Geschützen und heute zur Fabrikation von Automobilen verwendet werden. Oesterreich bestand darauf, daß die betreffenden Maschinen nicht vernichtet werden sollen, und hat anscheinend damit Erfolg gehabt. Die militärische Kontrollkommission war sich ferner darüber im Unklaren, ob die politische Lage in Anbetracht der Unruhe in den sozialistischen Kreisen sicher genug sei. Die österreichische Regierung hat jedoch beim Julaufstand gezeigt, daß sie Herrin der Lage ist. Bundeskanzler Dr. Seipel versicherte ferner, daß die Regierung durch entsprechende Maßnahmen ähnlichen künftigen Unruhen vorbeugen werde.

Wegen Spionage für Ungarn verhaftet.

Preßburg, Tschechoslowakei. — Ein ungarischer Leutnant namens Nekolik wurde hier unter Anklage der Spionage für Ungarn verhaftet. Mehrere angebliche Mitschuldige sind ebenfalls in Haft.

Gegen die Vergewaltigung Südtirols

Interpellation vor deutschem Reichstag.

Schamlose Knebelung des Deutschtums.

Berlin. — Die demokratische Reichstagsfraktion hat angesichts der jüngsten Maßnahmen der italienischen Gewalthaber in Tirol folgende Interpellation im deutschen Reichstag eingebracht:

„Deutsch-Südtirol, bis zu den Friedensschlüssen von 1919 anderthalb Jahrtausend lang unumstrittener deutscher Volksboden, ist durch italienische Gewaltmaßnahmen schwerer als je bedroht: In letzter Zeit hat die offen verkündete Absicht, das Deutschtum auszurotten, die Italiener zu immer furchtbareren Methoden verleitet. In diesem kerndeutschen Lande darf heute außer in sechs Gemeinden keine deutsche Aufschrift mehr gezeigt werden. Auch alle deutschen Aufschriften an Privathäusern und sogar die deutschen Inschriften auf Tischtüchern, Gläsern usw. sind verboten. In den Volksschulen darf kein deutscher Unterricht mehr erteilt werden; Erteilung von deutschem Privatunterricht, den kein Gesetz verbietet und den — neben dem öffentlichen Unterricht — auch kein Gesetz verbieten kann, wird auf dem Verwaltungswege bestraft. Junge Mädchen, die ihn erteilen, sind mit Arreststrafen von 5 bis 19 Tagen belegt worden, und diese Strafen wurden auch tatsächlich vollzogen. Deutsche Anwälte sind aus der Liste der Rechtsanwälte gestrichen worden, ohne daß ihnen irgendetwas anderes als das Eintreten für ihr Volkstum vorgeworfen werden könnte. Deutsche Gemeindeärzte wurden gleich willkürlich mit kürzester Kündigungsfrist entlassen. Jeder angesehene deutsche Mann wird mit Zwangsverschickung, die nicht von einem ordentlichen, sondern von einem Ausnahmegericht ausgesprochen wird, bedroht. Der über dreiviertel Jahren lediglich wegen seiner Bemühungen um den deutschen Privatunterricht unter Außerachtlassung aller Rechtsgarantien zwangsverschickte Dr. Noldin wird noch heute, an Gesundheit und Vermögen schwer geschädigt, auf den Liparischen Inseln festgehalten, und zwar unter sich verschlechternden äußeren Bedingungen.

„Was gedenkt die deutsche Reichsregierung demgegenüber zum Schutze des deutschen Volkstums im Auslande zu tun?

„Welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen, um die kulturellen Rechte deutscher Volksgenossen gegen die maßlosen Terrorakte ihrer Regierungen zu schützen?"

Die Interpellation wird bereits in Kürze vor dem Reichstag zur Sprache gelangen.

Oesterreichischer Aerztestreik droht.

Wien. — Die Aerzte Oesterreichs sind entschlossen, auf Festsetzung einer Einkommengrenze in der staatlichen Krankenversicherung zu bestehen, und wollen, wenn ihre Forderung unberücksichtigt bleiben sollte, Ende dieses Jahres einen Streik beginnen. Die Aerzte erklären, daß sie dadurch finanziell empfindlich geschädigt werden, daß viele reiche Leute sich die Einrichtung der Krankenversicherung zunutze machen.

Russischer Abrüstungs-Vorschlag

Eine starke Sensation in Genf.

Sowjetregierung wird bei vorbereitender Abrüstungskommission vertreten sein.

Genf. — Die Vermutung, daß Rußland in der Konferenz der Abrüstungs-Vorbereitungskommission, in der jetzt zum ersten Male eine offizielle Delegation von Moskau anwesend ist, mit einer Sensation aufwarten wird, hat sich als richtig erwiesen. In der Eröffnungssitzung stellte Maxim Litwinow, der Obmann der russischen Delegation, den förmlichen Antrag, alle Land-, See- und Luftstreitkräfte abzuschaffen und keine Rüstungen, gleichviel in welcher Form, zuzulassen.

Der Antrag, der, wie Litwinow selbst zugab, ein radikaler Vorschlag ist, erregte unter den Mitgliedern der Kommission großes Aufsehen und Staunen, aber viele Delegaten schienen das Projekt als eine Utopie anzusehen.

Der russische Delegat entwickelte in eingehender Weise seinen Antrag, als dessen andere Hauptpunkte hervorgehoben sind, daß alle Waffen und militärischen Vorräte, alle Mittel für eine chemische Kriegführung und alle anderen wie immer gearteten Kriegsmaterialien zerstört, alle Kriegsschiffe und militärischen Fahr- und Flugzeuge abgebrochen und das System der Einberufung von Bürgern zur militärischen Ausbildung aufgehoben werden sollen.

Die Delegation der Räteregierung brachte einen Entschließungsantrag ein, der unter Zugrundelegung der vorgeschlagenen Grundsätze die sofortige Ausarbeitung eines Entwurfes für eine der geplanten Abrüstungskonferenz zu unterbreitende Konvention vorsieht. Diese Konferenz soll nach dem Antrag der Russen nicht später als im März des nächsten Jahres einberufen werden. Der vorgeschlagene Abbruch aller Kriegsschiffe und die Schleifung aller Festungswerke soll in einem bis vier Jahren durchgeführt werden.

In dem Entschließungsantrag wird zur Begründung des Vorschlages einer allgemeinen radikalen Abrüstung erklärt:

„Bewaffnete Streitkräfte sind in den Händen der Großmächte eine Waffe zur Unterdrückung der Völker in kleinen Ländern und Kolonialgebieten und die vollständige Abschaffung aller Rüstungen ist gegenwärtig das einzige wahre Mittel, die Sicherheit zu verbürgen und gegen den Ausbruch eines Krieges Garantie zu bieten."

Eine andere bemerkenswerte Stelle in dem Antrag hebt hervor, daß die Existenz von Rüstungen und ihre Tendenz, einen immer größeren Umfang anzunehmen, natürlicherweise und unausweichlich zu bewaffneten Konflikten zwischen Nationen führe, wodurch die Arbeiter und Bauern vom friedlichen Verfolg ihrer produktiven Arbeit abgebracht werden und unzählige Katastrophen die Folge seien.

Der Eintritt Rußlands in die Beratungen über die Abrüstungen, seine Bereitwilligkeit, auch selbst abzurüsten und vollends sein Antrag auf vollständige Abschaffungen aller Rüstungen hat den Mächten, die geneigt sind, das Sicherheitsproblem über die Abrüstung zu stellen, wie den westlichen Nachbarn Rußlands, die bisher, mit dem Hinweis darauf, daß sie sich von Rußland bedroht fühlen, das Konzept verdorben.

Nach Einbringung des russischen Antrages wurde die Vormittagssitzung für die späten Nachmittagsstunden vertagt. Vorher aber ergriff der Vorsitzende der Kommission, Dr. J. J. Louden von Holland, das Wort und erklärte, der Unterschied zwischen dem russischen Gesichtspunkt und jenem der anderen Nationen liege nicht in dem Ziel, sondern in den Methoden, sich der Lösung dieses Problems zu nähern.

Der Abrüstungsplan der Räteregierung wurde von den Konferenzdelegaten beim Verlassen des Sitzungssaales ernstlich besprochen. Ein Delegat meinte, das Moskauer Projekt sei „eine Friedensbombe". Ein anderer sagte, der Vorschlag gehe viel weiter als die von Senator Borah und anderen Amerikanern erörterten Projekte, den Krieg zu verpönen, da von den Russen die Abschaffung aller Mittel zur Kriegführung, die Auflösung der Heere und Kriegsflotten, die Schleifung aller Festungen, den Abbruch aller Munitionsfabriken und das Aufhören des Militärdienstes beantragen.

Besondere Bedeutung wurde auch einer Aeußerung Litwinows beigelegt, mit der er erklärte, wenn der vorgelegte Plan als zu revolutionär

(Fortsetzung auf Seite 4)

Revision des Versailler Vertrags?

Genfer Aeußerung des Grafen Bernstorff erregt Aufsehen.

Deutsche Kreise dementieren die Gerüchte.

Genf, 2. Dez. — Graf Bernstorff, der deutsche Vertreter in Genf, erklärte in einer Ansprache vor dem Sicherheitskomitee der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, daß man beim Studium der Mittel und Wege zur Förderung des internationalen Friedens durch Stärkung der internationalen Sicherheit dem Artikel 19 des Völkerbundsvertrages besondere Bedeutung beimessen solle. (Dieser Artikel 19 bestimmt, daß die Völkerbundsversammlung von Zeit zu Zeit die Prüfung von Völkerbundsverträgen, die unzeitgemäß werden, empfehlen kann, ebenso wie die Untersuchung von internationalen Verhältnissen, die den Weltfrieden gefährden könnten.)

Obwohl der deutsche Vertreter Graf Bernstorff keine besonderen Verträge erwähnte, wurden seine Bemerkungen doch ziemlich allgemein als erster amtlicher Hinweis der deutschen Regierung auf die Revision des Versailler Vertrages aufgefaßt.

Nach Berichten soll die Ansprache des Grafen eine lebhafte Erregung verursacht haben. Wie es heißt, soll allgemein die Ueberzeugung vorgeherrscht haben, daß Deutschland damit eine Agitation zur Abänderung des Versailler Dokumentes eingeleitet habe.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen forderte Graf Bernstorff die Anwendung aller Mittel, um weitere Kriege zu verhüten und inetrnationale Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen. Er betonte ferner, daß nach seiner Ueberzeugung der Völkerbundsvertrag den Nationen nicht genügend Sicherung biete und abgeändert werden müsse.

Das zukünftige Arbeitsprogramm des Komitees wurde in zwei Punkte eingeteilt: 1) Schiedsgerichtsverträge und 2) Sicherheitsabkommen. Das Programm umfaßt das Studium der Mittel und Wege zur Förderung solcher Verträge und Abkommen, sodaß sie mit dem Völkerbundsvertrag übereinstimmen.

Die Spannung in Südeuropa, die durch die Rivalität bezüglich Albaniens verursacht worden ist, fand ein Echo in der heutigen Sitzung, als M. Markowitsch, der jugoslavische Vertreter, den albanischen Fall als Beweis dafür anführte, daß das jetzige Garantiesystem des Völkerbunds absolut ungeeignet sei. Markowitsch erinnerte daran, daß die albanische Unabhängigkeit von den Großmächten feierlich garantiert worden sei, daß man ihm als Mitglied des Völkerbunds auch die territoriale Unversehrtheit zugesagt habe, daß jedoch Albanien den Eindruck gewonnen habe, daß seine nationale Sicherheit auf schwachen Füßen stehe und es daher zu besonderen Bündnissen mit Italien seine Zuflucht nehmen müsse. Anscheinend habe weder Albanien noch Italien den Völkerbundsschutz als genügend erachtet. Jugoslavien wolle mit Albanien nur freundschaftliche Beziehungen unterhalten.

* * *

Die deutschen Vertreter in Genf haben sich mit Nachdruck gegen die Mißdeutung der Aeußerungen des Grafen Bernstorff gewandt und entschieden betont, daß seine Erklärung sich nicht auf die Revision des Versailler Vertrages beziehen sollte.